Hochparterre - Zeitschrift für Architektur und Design
06.2010

HOCHPARTERRE 6–7 / 2010

6/7 // MEINUNGEN

DIE WALDSTADT BREMER IN BERN UND IHRE FOLGEN

Im Berner Bremgartenwald, zwischen Länggass-Quartier und Autobahn A1, könnte die «Waldstadt Bremer» für bis zu 8000 Bewohnerinnen entstehen, so eine Idee des Architekturbüros Bauart. Bern erhielte ein zentrales Neubaugebiet – viel beschworene Siedlungsentwicklung nach innen. Doch die Bevölkerung bangt um den Naherholungsraum, Raumplanung und Landschaftsschutz halten das Waldgesetz hoch, das Rodungen kaum erlaubt. Wie wird das planerisch sinnvolle Vorhaben realisierbar und schweizweit exemplarisch? Drei Stimmen aus Raumplanung, Landschaftsschutz und Politik auf nationaler Ebene. RM

Martin Vinzens: «ROLLE DES WINKELRIED»

Das ARE begleitet die Waldstadt Bremer als Modellvorhaben, warum? Wir prüfen, ob und unter welchen Bedingungen neue Quartiere in Stadtwäldern erlaubt sein sollen. Gefordert wird eine Siedlungsentwicklung nach innen, dennoch wird an den Agglomerationsrändern am meisten gebaut und ständig Landwirtschafts- in Bauland umgezont. Aber warum soll der Wald wertvoller sein als Landwirtschaftsland?

Müssen wir zugunsten der Verdichtung das Waldgesetz revidieren und wie? Eine Gesetzesrevision steht nicht zur Debatte. Der Waldbestand muss als Naherholungsgebiet und biologische Regenerationsfläche gesichert bleiben, gerade in Agglomerationen. Im Rahmen des Gesetzes sollten aber Ausnahmen möglich sein.

Wo sehen Sie Stärken, wo Schwächen des Projekts? Die Stärke ist die Lage: Nahe am Stadtzentrum und am Hauptbahnhof, gut erschliessbar mit öffentlichem Verkehr, Velos und für Fussgänger. Raum- und stadtplanerisch spricht vieles dafür. Aber auch Schwächen sehe ich mehrere: Die Neuinterpretation des Waldgesetzes dürfte langwierig werden. Auch die Einbettung in ein regionales Siedlungsflächenmanagement, wichtig für die Zustimmung der Planungsbehörden. Die Emotionen, weil eine Naherholungsfläche überbaut werden soll. Die Bedenken, es könnte ein Quartier für Gutbetuchte entstehen statt für Normalverdienende und Familien. Allerdings nähme dies wohl Sanierungs- und Neubaudruck von anderen Gebieten. Kurz: Die Waldstadt hat im Moment die Rolle eines Winkelrieds. Vielleicht tragen erst unsere Kinder den Nutzen davon. **Martin Vinzens, stellvertretender Chef Sektion ländliche Räume und Landschaft des Bundesamts für Raumentwicklung ARE, Bern.**

Raimund Rodewald: «WALDGESETZ NICHT ANTASTEN»

Sicher: Die Waldstadt ist interessant für die Siedlungsentwicklung nach innen. Ähnliche Projekte in den Stadtwäldern von Luzern, Lausanne oder Zürich wären die Folge. Aber das Dilemma lautet: Wir wollen Städte verdichten, brauchen aber mehr Naherholungsräume. Darum dürfen Stadterweiterungen nicht auf Kosten von Erholungsräumen entstehen. Als Präjudiz dafür wäre die Rodung für die Waldstadt Bremer verheerend. Das Waldgesetz darf nicht angetastet, der Wald nicht in die Raumplanung aufgenommen und gegen das Kulturland ausgespielt werden. Oft heisst es: Es gibt wieder zu viel Wald! Aber was heisst «zu viel»? Diese Sichtweise, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, ist eine Frechheit gegenüber der Natur.

Der Waldstadt würde ich nur zustimmen, wenn der verlorene Grünraum kompensiert würde. Wachstum ist kein Naturgesetz, schon gar nicht, so lange wir so viel Wohnfläche beanspruchen. Eher sollten wir uns einschränken: Wohnfläche besteuern, wahre Mobilitätskosten verrechnen, bestehende Wohnzonen effizienter machen. Darin sehe ich die Chance des Projekts: Weg von der isolierten kommunalen zu einer regionalen Betrachtung. Es braucht einen interkommunalen Nutzungsplan: Wo hat die Region wie viele Bauzonen? Wo und wie begrenzen wir die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung? Eine solche Strategie fehlt in Bern. Und nicht nur dort. **Raimund Rodewald, Geschäftsleiter der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz, Bern.**

Ursula Wyss: «CHANCE FÜR DIE REGION»

Was entgegnen Sie den Ängsten der Bevölkerung um den Naherholungsraum? Das Projekt ist nur erfolgreich, wenn auch das betroffene Länggass-Quartier profitiert. Darum ist die Autobahn-Überdeckung für mich eine zwingende Bedingung. Sie verbessert den Zugang zum ganzen Bremgartenwald und bringt Fläche für einen Park. Ein teures Bauwerk, aber ein Machbares, wie es das Beispiel Neuchâtel zeigt.

Das Projekt erfordert eine Ausnahme vom Waldgesetz. Eine Revision durch die Hintertür? Nein, einer Revision würde ich nicht zustimmen. Eine Ausnahme ist aber gerechtfertigt; wenn Rodungen für Strassen oder Kehrichtverbrennungen möglich sind, dann auch fürs Wohnen, wenn es, wie hier, wichtige Interessen erfüllt: Zentraler, sozial durchmischter Wohnraum für Städterinnen, die wegen Wohnungsnot wegziehen müssten. So können sie bleiben, konsumieren weniger Boden und produzieren weniger Strassenverkehr. Diese nachhaltige Siedlungsentwicklung belegt die Standortgebundenheit der Waldstadt. So wird das Projekt exemplarisch für andere Städte.

Wie wird die Waldstadt politisch tragbar? Indem sie zur Chance für die Region wird und als gewagte Vision einen Schritt zum nachhaltigeren Wohnen macht. Die Machbarkeitsstudie muss nun zeigen, dass die Infrastruktur, die Anbindung ans Quartier oder der Autobahndeckel machbar und vertretbar sind. Nur dann übersteht die Waldstadt eine Volksabstimmung. **Ursula Wyss, Nationalrätin SP, Präsidentin des Fördervereins Waldstadt Bremer, Bern.**

>www.waldstadtbremer.ch